

# ***Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg***

Wassergasse 12

78333 Stockach

E-Mail: [mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de](mailto:mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

Internet: [www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de](http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

17. Juni 2013

## **Pressemitteilung**

### **Nach dem Fall «Fratton» muss die Landesregierung alle Verbindungen zwischen privaten Interessen und grün-roter Schulpolitik offenlegen**

### **Staatliche Schulpolitik und private Interessen müssen strikt voneinander getrennt werden**

Am 13. Juni berichtete die «Schwäbische Zeitung» («Stoch wälzt Kosten auf Stiftungen ab») über weitere Verflechtungen zwischen der staatlichen Schulpolitik und privaten Stiftungen in Baden-Württemberg. Offensichtlich lässt sich, so die «Schwäbische Zeitung», «Kultusminister *Andreas Stoch* (SPD) von der *Stiftung Würth* aus Künzelsau finanziell unterstützen, von der *Helga-Breuninger Stiftung* aus Stuttgart und der *Robert-Bosch-Stiftung*, ebenfalls aus Stuttgart.» Alle drei Stiftungen geben Geld für das von ihnen favorisierte, sonst aber immer mehr umstrittene Gemeinschaftsschul-Projekt der grün-roten Landesregierung und gaben auch Geld für den nun zurückgetretenen *Peter Fratton*. Die Summen gehen derweil schon in die Hunderttausende.

Selbst die GEW des Landes, die der Schulpolitik der Landesregierung eher gewogen ist, kritisierte diese Art der Schul-Finanzierung. Zu Recht; denn der sich – auch in anderen Bereichen – ausbreitende einseitige Einfluss privater Interessen auf die staatliche Politik ist für eine Demokratie äußerst fragwürdig. Wenn zum Beispiel die *Bertelsmann-Stiftung*, die mittlerweile einen sehr großen Einfluss auf die Bildungspolitik in Deutschland hat, das sogenannte «individualisierte» und «selbstgesteuerte» Lernen propagiert und die *Bertelsmann AG* zugleich haufenweise Lernprogramme und Arbeitsmaterialien für eben genau diese Lernformen anbietet und verkauft, dann geht es sehr wahrscheinlich nicht mehr um die Frage nach der besten Pädagogik, sondern um gute Geschäfte. *Thomas Schuler* («Bertelsmann Republik Deutschland. Eine Stiftung macht Politik», 2010) und viele andere haben hierauf schon hingewiesen.

Zudem werden einseitige Abhängigkeiten geschaffen, über die zum Beispiel schon einige Jahre die deutschen Hochschulen klagen, die wegen der immer stärker gewordenen Drittmittelabhängigkeit sehr um die Freiheit der Wissenschaft fürchten.

*Matthias Burchhardt*, Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, kritisierte die enge Verflechtung von privaten Interessen und staatlicher Schulpolitik in einem Interview mit dem *SWR* am 22. Mai: «Es ist immer ein Phänomen von Demokratieverlust, wenn private Akteure, Stiftungen oder Lobby-Gruppen sich in Politik einmischen und die öffentliche Meinung beeinflussen. [...] Denn private Akteure verfolgen ja nicht das Allgemeinwohl, sondern private Interessen. Die müssen sich keiner Wahl stellen und müssen sich auch nicht verantworten vor dem Wähler. Und insofern halte ich das für demokratiethoretisch durchaus problematisch.»

Der Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg fordert die Landesregierung deshalb auf,

1. alle personellen und finanziellen Verflechtungen zwischen der staatlichen Schulpolitik und privaten Interessen offenzulegen und
2. derartige Verbindungen so schnell wie möglich aufzulösen.